



Erziehungswesen: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pf. Restanten Nr. 2. — Auf Sammelangelegenheiten kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 6.

Dienstag, 26. April 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.50 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.50 mit Postgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Innere Konfliktsstimmung in Preußen und im Reiche.

Der Ausfall der Wahlen in Preußen, der eine Stärkung der beiden Rechtsparteien gebracht hat, hat zu Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung geführt, da die Wehrheitssozialisten die seither einen starken Einfluss in der Regierung wie der Verwaltung gehabt haben, ebenfalls wieder Anspruch auf stille oder aktive Beteiligung an der Regierung erheben, weil sie die weitaus stärkste Partei auch im neuen Landtage darstellen. Die seitherige Wehrheit von Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratie ist zwar durch das Ergebnis der Neuwahlen erhalten, da von 428 Sitzen die bisherigen Wehrheitsparteien 221 einnehmen, aber das Zentrum scheint nicht geneigt gewesen zu sein, im Hinblick auf die geringe Wehrheit die stark angewachsenen Rechtsparteien von der neuen Regierung auszuschalten, und das umso weniger, als im preußischen Zentrum der rechte Flügel der Partei viel einflussreicher ist als in Süddeutschland. Zudem wurde in den bürgerlichen Kreisen der starke Einfluss der Sozialdemokratie in der Verwaltung als nicht gerechtfertigt erachtet. Das Zentrum wollte also, da die bürgerlichen Parteien 60 Prozent der Volksvertretung einnehmen, einen Vertreter der deutschen Volkspartei in die Regierung aufnehmen, wogegen jedoch die Sozialdemokratie Einspruch erhob. Bekanntlich ist aus denselben Gründen die Sozialdemokratie auch nach den Neuwahlen im Reich offiziell aus der Reichsregierung ausgetreten, obwohl sie bis zu gewissen Grade — der Reichspräsident und verschiedene höhere Verwaltungsbeamte sind Sozialdemokraten — die Regierung unterstützt. In Preußen liegen die Verhältnisse jedoch etwas anders. Dort sind auch heute noch die gesellschaftlichen, sozialen und politischen Gegensätze viel schärfer als in Süddeutschland, denn begrifflicherweise streben die Parteien, die vor dem Kriege die politische Macht ausgeübt hatten, nach ihrer Wiedererlangung auch wieder nach Einfluss, während andererseits die unteren Volksschichten diesen Bestrebungen im Hinblick auf die scharfen Klassengegensätze, wie sie zu unserem Unglück immer in Preußen geherrscht haben, größtes Misstrauen entgegenbringen, und das umso mehr als in der rechtsgerichteten Presse als Mittelmittel für die staatliche Wiedereinführung in erster Linie die Monarchie und die Diktatur fast täglich gepriesen werden. Daß derartige Absichten auf die unteren Schichten wie das rote Tuch auf den Stier wirken und daß ihre Rundgebung im jetzigen Augenblick, wo wir eine geschlossene Einheitsfront, wenigstens bis zu den Wehrheitssozialisten, unbedingt nötig hätten, nicht geeignet ist, die innere Geschlossenheit herbeizuführen, muß jedermann einsehen, der das nationale Empfinden nicht nur im Rahmen seines eigenen parteipolitischen oder gesellschaftlichen Standpunktes zu verstehen vermag. Weil die Sozialdemokraten einerseits in den Volksparteien verkappte oder offene Monarchisten erbliden, weil sie in ihnen auch die Vertreter der Schwerindustrie sehen, glauben sie einer Regierung, in der die Volkspartei Aufnahme gefunden hat, nicht beitreten zu können, wobei natürlich auch die Rücksicht auf die Wählermassen, die namentlich in Preußen dauernd ins radikale Lager abzuweichen drohen, mitspielt. Stögerwald hat nun ein Ministerium aus Zentrum und Demokraten, in der Hauptsache aber aus Fachministern gebildet, das wahrscheinlich also mit der stillschweigenden Billigung der beiden Rechtsparteien rechnet. Gleichgültig will man vermeiden, die Sozialdemokraten in die Opposition zu drängen, indem man keinen Vertreter der Volkspartei aufnahm. Ob die Volkspartei und die hinter ihr stehenden Deutschnationalen mit dieser Lösung sich zufrieden geben, können wir im Augenblick nicht recht klar sehen, denn der Vorstoß der Volkspartei gegen die demokratische Ministerliste läßt auf andere Absichten schließen.

Auch im Reich haben wir etwa dieselben Vorgänge hinter den Kulissen, die vielleicht schon im Augenblick der Abfassung dieses Artikels zur Krise im Reichskabinett geführt haben. Von der rechten Seite wird ein möglichst breites Koalitionskabinett gewünscht, am liebsten aber wie gesagt eine Diktatur, beides natürlich im Sinne einer Rechtsorientierung, wogegen die Sozialdemokratie sich selbstverständlich wehrt. Die diplomatisch und technisch ungeschickte Fassung des deutschen Bittgesuchs an Amerika hat den beiden Rechtsparteien den formalen Anlaß zu ihrem Vorstoß gegeben, weil man die Fraktionsführer der Parteien nicht von dem Schritt unterrichtet hatte. Das Kabinett wird sich also in dieser Richtung zu veranworten haben. Die Hauptsache bei allen staatsmännischen Handlungen aber ist und bleibt der praktische Erfolg, der in bezug auf das deutsche Vermittlungsgesuch bis zu gewissen Grade doch vorläufig als vorhanden angesehen werden kann. Es dürfte sich daher empfehlen, einige Tage vor dem Termin, an dem die Entente neue Gewaltakte gegen das deutsche Volk zu begehen beabsichtigt, nicht eine Krise in der Reichsregierung zu provozieren, und vor allem keine parteipolitischen Aktionen zu unternehmen, die im Hinblick auf die mitbewußte Stimmung weiter Kreise des Volkes nur dazu angetan wären,

die so notwendige nationale Geschlossenheit zu gefährden. Wir möchten hoffen, daß im letzten Augenblick die Vernunft und das vaterländische Empfinden über parteipolitische Erwägungen siegt, und zwar im rechten wie im linken Lager.

O. S.

Interpellationen im Reichstag über die auswärtige Politik.

Berlin, 25. April. Die heutige Sitzung des Reichstags wurde mit einer Ansprache des Präsidenten eröffnet, in der er den Tirolern für das durch die Abstimmung bewiesene Vertrauen zur deutschen Sache dankte. Als erster Punkt standen die Interpellationen der Unabhängigen und der Deutschnationalen über die auswärtige Politik auf der Tagesordnung. In seiner Begründung der unabhängigen Interpellation protestierte der Abg. Dittmann dagegen, daß die Regierung den Reichstag noch immer nicht über ihren jüngsten Schritt bei der Entente unterrichtet habe und forderte die Regierung auf, sich die bekannten Amsterdamer Wiederaufbauvorschlüge zu eigen zu machen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen rief der Redner wiederholt stürmische Entrüstungsbekundungen der Rechten hervor, so als er behauptete, der Versaillesvertrag und die Sanktionen seien vom gleichen Geiste diktiert wie der Vertrag von Brest-Litowsk, daß es die Regierung in Bezug auf die Entwaffnung an Energie habe fehlen lassen und daß im Osten eine Mobilisierung gegen Polen vorbereitet werde. Als er die Beisehung der Kaiserin als monarchistische Demonstration bezeichnete, verließen die Rechte und das Zentrum unter Pfuirzen den Saal. Schließlich verlangte der Redner ein nationales Wiederaufbauamt und dazu ein internationales Wiedergutmachungsamt. Für die Deutschnationalen begründete Abg. Dr. Höpfl die Interpellation. Er bezeichnete das Telegramm an Harding als vollständige Entwürdigung Deutschlands und die bedingungslose Kapitulation vor dem Ausland als Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Auch dieser Redner protestierte gegen die verfassungswidrige Geheiminstrategie der Regierung und fragte, warum die Reparationsvorschlüge der Regierung nicht schon längst fertiggestellt worden seien. Seine Partei lehne die Verantwortung für eine Politik ab, die das deutsche Volk immer mehr in den Abgrund führe. Nachdem Außenminister Dr. Simons erklärt hatte, daß die deutsche Note in Washington eingegangen sei, daß es aber die amerikanische und die deutsche Regierung nicht für angezeigt hielten, Wortlaut und Inhalt der Note schon heute mitzuteilen, wurde um 1/8 Uhr die weitere Debatte, einem Wunsch des Ministers entsprechend, auf morgen Nachmittag 2 Uhr vertagt.

Die Gründe für die Nichtveröffentlichung der deutschen Antwortnote.

Berlin, 25. April. Bei der Uebersetzung der deutschen Antwortnote an den Berliner Geschäftsträger der amerikanischen Regierung hat dieser dem Wunsch der Regierung der Vereinigten Staaten Ausdruck gegeben, daß eine Veröffentlichung der deutschen Vorschläge in Berlin nicht eher erfolge, bis ein Einvernehmen über die Publikation zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung herbeigeführt worden ist. Die „Bos. Ztg.“ glaubt aus diesem Ersuchen des amerikanischen Vertreters die Schlussfolgerung ziehen zu dürfen, daß die amerikanische Regierung sich die Möglichkeit vorbehält, in Berlin Anregungen und Wünsche mitzuteilen für eine etwaige Aenderung der deutschen Vorschläge, soweit sie in Washington für die Verhandlungen mit den Alliierten für förderlich gehalten werden sollten.

Verhandlungen des deutschen Außenministers mit amerikanischen Finanzleuten?

Berlin, 25. April. Der Berliner Korrespondent des „New-York Herald“ glaubt mitteilen zu können, daß Dr. Simons die deutsche Note an Amerika mit mehreren Amerikanern beraten habe, die sich seit zwei Wochen in Berlin befinden und mit deutschen Finanzmännern wegen der Gewährung eines Kredits von einer Milliarde Dollar in Rohmaterialien verhandelten. Diese seien auch dafür verantwortlich, daß Dr. Simons das deutsche Volk der Entscheidung des Präsidenten Harding unterworfen habe. Sie hätten Konferenzen mit dem deutschen auswärtigen Amt und der amerikanischen Mission in Berlin gehabt.

Die Solidarität Amerikas mit den Alliierten bleibt bestehen.

Paris, 25. April. Havas verbreitet folgende Meldung: Die „Daily Mail“ meldet aus Washington An dem Wunsch, die Solidarität der Vereinigten Staaten mit den Verbandsregierungen erneut zum Ausdruck zu bringen, hat die Regierung den Parteiführern des Senats mitgeteilt, sie hege den Wunsch, daß

die Abstimmung über die Entschlebung des Senators Knog erst nach dem 1. Mai stattfinden. — Bloß in Deutschland gibt es solche — Schwärmer, die etwas anderes erhofft haben.

Die Reparationsfrage.

Der deutsche Einspruch gegen die Beschlagnahme des Goldbestandes.

Berlin, 23. April. Die von der deutschen Regierung in der Angelegenheit des Reichsbankkontos an die Reparationskommission abgegebene Note hat folgenden Wortlaut: Im Auftrag der deutschen Regierung beehrt sich die deutsche Kriegslastenkommission auf die Note der Reparationskommission vom 16. April wegen des Metallbestandes der Reichsbank folgendes zu erwidern: Wenn die Reparationskommission von der deutschen Regierung zur Schaffung einer Sicherheit und Garantie für die Reparationen vor dem 1. Mai 1921 die Uebertragung des gesamten Metallbestandes der Reichsbank an die Reichsbankfiliale Köln oder Koblenz verlangt, so liegt es nahe, diese Entschlebung darauf zurückzuführen, daß der Absatz 2 des Artikels 248 des Friedensvertrags, nachdem die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der Reparationskommission weder Gold ausführen, noch darüber verfügen, noch seine Ausfuhr, noch die Verfüzung darüber gestatten darf, mit Ablauf des 1. Mai 1921 in Kraft tritt. Die deutsche Regierung verkennt nicht, welches Interesse die a. u. a. Regierungen daran haben, daß diese Bestimmung nicht eher außer Kraft tritt, als bis eine grundsätzliche Verständigung über die Lösung des Reparationsproblems erfolgt ist. Sie erklärt sich daher bereit, sofort die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, damit noch vor dem 1. Mai die Geltung der gesamten Bestimmung bis zum 1. Oktober 1921 verlängert wird. Hiermit glaubt die deutsche Regierung einen beide Teile befriedigenden Ersatz für die von der Reparationskommission ins Auge gefassten Maßnahmen vorzuschlagen. Die verlangten Maßnahmen auszuführen, ist der deutschen Regierung schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Reichsbank als Privatinstitut in der Verwaltung ihres Privateigentums, insbesondere ihres Metallbestandes, frei und von der Reichsfinanzverwaltung unabhängig ist. Die Aufrechterhaltung des formellen Eigentumsrechtes der Bank würde dieses Bedenken nicht umgehen. Die Maßnahme würde auch dem von der Reparationskommission erstrebten Zweck, die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen sicherzustellen, nicht dienlich sein. Denn es würde durch die erzwungene Wegführung der letzten Golddeckung deutscher Banknoten eine erneute schwere Erschütterung der deutschen Valuta und des deutschen Geldwesens unausbleiblich eintreten. Eine so hervorgerufene erneute starke Entwertung der deutschen Valuta würde zu einer schweren Krise der deutschen Wirtschaft und einer dauernden Herabminderung ihrer Leistungsfähigkeit führen. Sie würde nicht zuletzt alle bisher deutscher Markt im Ausland, wie überhaupt alle ausländischen Gläubiger Deutschlands, schwer in Mitleidenschaft ziehen.

Die Alliierten wollen die Ablieferung des Goldbestandes erzwingen.

Paris, 26. April. Die von Havas veröffentlichte Note der Reparationskommission betreffend die Ablieferung von 1 Milliarde Goldmark hat folgenden Wortlaut: Die Reparationskommission hat in ihrer Vollziehung vom 25. April 1921 mit Bedauern von der Mitteilung der deutschen Regierung vom 22. April Kenntnis genommen und von ihrer Weigerung, den Metallbestand der Reichsbank nach Koblenz oder Köln überführen zu lassen. Sie bedauert, daß die deutsche Regierung nicht die Sorge verstanden hat, die den Brief vom 21. April veranlaßte. Das Ersuchen, den Goldbestand nach dem besetzten Gebiet zu überbringen, wurde nur von dem Wunsche beherrscht, die Bestimmungen des Vertrags mit den möglichen Erfordernissen des deutschen Wechselkurses in Einklang zu bringen. In Anbetracht der Haltung, die die deutsche Regierung in dieser Angelegenheit einnehmen zu müssen glaubt und in Anbetracht ihrer Verpflichtungen gegenüber den Verpflichtungen des Vertrags, die aus dem Artikel 235 herrühren, sieht sich die Reparationskommission gezwungen, die Vollmachten auszuführen, die ihr der Vertrag gibt, und die Ablieferung an die Reparationskommission bis spätestens 30. April in die Kasse der Bank von Frankreich eines Betrags von 1 Milliarde Goldmark zu verbringen. Die Reparationskommission kann die Beziehungen der deutschen Regierung zu der Reichsbank nicht zur Debatte stellen, denn sie hat die Gewißheit, daß die Regierung, wenn sie den guten Willen hat darauf zurückzugreifen, auch die Mittel hat, dem Verlangen der Reparationskommission zu entsprechen. (gez.) Louis Dubois. (gez.) Sir John Bradbury.

Die erpresserische Tätigkeit der Reparationskommission.

Paris, 25. April. Die Reparationskommission ist noch mit dem Schätzungsarbeiten für die Kriegsschäden beschäftigt, um am 30. April den gesamten Betrag der deutschen Reparation festzusetzen. Sie be-

schäftigte sich heute außerdem mit folgenden drei Fragen: 1. Festsetzung des Wortlauts der Antwort auf die deutsche Note über die Ueberführung des Goldbestandes der Reichsbank in das besetzte Gebiet und über die Verlängerung des Ausfuhrverbots für Gold, 2. endgültige Prüfung der noch durchzuführen Reparationen und Schätzung der von Deutschland auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrags bewirkten Leistungen, 3. die durch das Aussehen der deutschen Vorkriegsleistungen erforderlichen Maßnahmen.

Paris, 25. April. Wie der „Jutrantsgeant“ meldet, wird die Reparationskommission am Mittwoch eine Plenarsitzung ohne die Deutschen abgehalten, in der die Umrechnung der Schadensstellungen der verbündeten Länder in Goldmark vorgenommen und der Gesamtbetrag der deutschen Schuld festgesetzt werden soll. Am Freitag wird die endgültige Rechnung jedes einzelnen der verbündeten Länder überreicht werden.

Angeblliche englische Auffassung über die Zwangsmaßnahmen.

London, 25. April. Die „Times“ schreiben, es bestehe keine tatsächliche Meinungsverschiedenheit bezüglich der Frage, ob die Alliierten durch die Pariser Reparationssumme gebunden seien oder ob die Verwerfung dieser Summe durch Deutschland die Alliierten, wie man in Frankreich glaube, berechtige, die viel größeren Forderungen des Friedensvertrags wieder in Kraft zu setzen. Der „Times“ zufolge sind die Alliierten entschlossen, wenn nötig, die Bezahlung durch militärische Mittel zu erzwingen.

In dem diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es, man frage sich, ob der Vorschlag der wirtschaftlichen Kontrolle des Ruhrgebietes die Kosten der militärischen Besetzung bezahle machen würde. Lloyd George lege außerdem großen Nachdruck darauf, daß man Rücksicht auf die Gefühle der Arbeiter nehmen müsse. Die allgemeine amtliche Meinung rechne mit einem Teilstreit bei einer Besetzung dieses Gebietes. Ein solcher würde nach Ansicht der Franzosen die allgemeine Förderung im Ruhrgebiet um nicht mehr als 30 Prozent vermindern. Das dringlichste Problem sei die Rückwirkung, die eine Beteiligung der Alliierten auf der Grundlage der Spaenscheidung an den Gewinnen der Ruhrindustrie auf den Handel der Alliierten üben würde. Es sei bereits eine leise Andeutung von jenseits des atlantischen Ozeans erfolgt, daß dieser Gedanke möglicherweise mehr oder weniger als Errichtung eines Monopols der Alliierten in dem industriellen Ruhrgebiet empfunden werden würde und daß Washington das Recht der Teilnahme an einem solchen Plane beanspruchen könnte. Die englische Regierung lege der amerikanischen Meinung und dem guten Willen der Ver. Staaten das größte Gewicht bei.

Das Ergebnis von Hythe nach französischer Auffassung.

Paris, 25. April. Berlin hat das Ergebnis der Beratungen von Hythe wie folgt zusammengefaßt: 1. Lloyd George habe grundsätzlich zugestimmt, daß die Besetzung des Industriegebietes ausgeführt werde, wenn die Vorschläge, die Deutschland an Amerika übermittelt habe, zu keinem Einverständnis zwischen dem Reich und den Verbündeten führe. 2. Lloyd George stimme fernher zu, daß unterzählig die französischen und englischen wirtschaftlichen Sachverständigen zusammenzutreten, um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurden, zu prüfen. Bertinaz sagt, weder Lloyd George noch seine Mitarbeiter hätten genügend Zeit gehabt, sie zu lesen. Sie hätten also noch ihre vollkommene Handlungsfreiheit. Dieser Punkt sei umso wichtiger, als die Engländer sich Frankreich zu einer militärischen Mission erst anbieten wollten, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ihrem Urteil unterbreitet und in praktischer Weise gelöst seien. Nach einer Meldung ist Lloyd George auch die Besetzung von Hamburg vorgeschlagen worden, aber Bertinaz glaubt, daß die Frage der Besetzung der Zölle für die Seetransporte erst für die Zukunft in Frage komme.

Amerikanische Auffassung über das Ergebnis von Hythe.

Paris, 25. April. Sowohl der diplomatische Mitarbeiter, wie der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ berichten aus Lompne, daß die Unterredungen in Hythe zu keinem Abkommen und zu keinem Abschluß geführt haben. Die Teilnahme der Ver. Staaten an der nächsten Sitzung des Obersten Rats werde in Paris als sicher angesehen.

15) Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Levin Schüding.

„G. de B., was heißt das?“
„Ja, was heißt das? Ich weiß es nicht,“ versetzte Wilderich.
„Solch ein frecher Franzose!“ sagte Muhme Margarete.
„Im Grunde hatte er doch vielleicht recht!“ bemerkte Wilderich gutmütig. „Ich denke, das Kind ist besser bei uns aufgehoben, als es bei ihm gewesen wäre; und das ist die Hauptsache doch!“
Muhme Margarete widersprach nicht. Sie blickte nachdenklich ins Feuer — eine lange Pause hindurch.
„Ach Gott, es ist wohl so!“ sagte sie dann ihre Haube über den Kopf ziehend, und setzte mit einem Seufzer hinzu: „Wir sind alle Sünder!“
„Weshalb?“ fragte Wilderich. „Wir tun, was wir können.“
„Aber wir verübeln uns oft in Gedanken.“
„Die schaden niemand!“
„Aber die Worte —“
„Du meinst, weil du zuweilen —“
Muhme Margarete nickte heftig mit dem Kopfe und zog die Haube noch weiter in die Stirn.
„Na,“ lachte Wilderich, „sah es gut sein, ich hab' dir's weiter nicht übelgenommen, und —“
Er wurde unterbrochen durch den kleinen Leopold, der mit dem Rufe: „Der Sepp, der Sepp!“ in die Küche gelaufen kam.
Wilderich sprang auf und ging dem Angekündigten hastig entgegen. Draußen sah er, daß der Forstkäufer sehr eilig die

schleht und zwar nicht als Vertreter neben dem amerikanischen Botschafter in Paris auch der frühere Vertreter Amerikas in der Reparationskommission, Veyden, genannt.

Englische Stimmen über die Aufnahme der deutschen Wiederaufbauvorschläge.

London, 25. April. Wie die „Times“ melden, wurde mitgeteilt, daß sowohl Lloyd George, als auch Briand die deutschen Vorschläge über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs annehmbar finden, soweit die materiellen Angebote in Betracht kommen. Der Vorschlag der Verlegung deutscher Arbeiter in die zerstörten Gebiete wurde als eine zu bedeutende Frage angesehen, als daß man sich auf irgend eine Meinung hätte festlegen können. — „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, das deutsche Wiederaufbauangebot werde zweifellos von den Franzosen ernstlich erwogen, die den Gedanken einer direkten deutschen Mitwirkung an dieser Aufgabe jetzt nicht mehr gänzlich verworfen.

Kriegsrat in Paris.

Paris, 26. April. Wie Havas mitteilt, sollte gestern Abend unter dem Vorsitz Millerands ein Ministerrat stattfinden. Der Oberste Kriegsrat war um 3 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz Millerands im Elysee zusammengetreten. Außer dem Kriegsminister wohnten ihm Marschall Foch, Joffre, Petain u. Franchet d'Esperey bei.

Anerkennung der Gewalttätigkeit der Franzosen gegen deutsche Zollbeamte.

Berlin, 26. April. Der „Berliner Volksanzeiger“ meldet aus Speyer: Vor dem französischen Polizeigericht in Speyer standen drei höhere deutsche Zollbeamte, die sich geweigert hatten, unter dem leitenden Ausschuss des alliierten Volkes in Koblenz Dienst zu tun und die das besetzte Gebiet verlassen hatten. Oberzolllat Weiersmüller in Ludwigshafen wurde zu 8 Monaten Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe verurteilt, Zollinspektor Heß zu 6 Monaten Gefängnis und 12 000 M. Geldstrafe, Zollinspektor Mühlböcker aus Speyer zu 5 Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe.

Wohlwollende Aufnahme der deutschen Vorschläge in Amerika?

Newyork, 25. April. Eine amtliche Meldung aus Washington besagt: Man ist hier sehr hoffnungsvoll, daß die neuen deutschen Vorschläge die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten unter Teilnahme Amerikas gestatten werden. — Eine Kabeldepesche aus Newyork meldet das Eintreffen der neuen deutschen Vorschläge in der Nacht vom Sonntag auf Montag. Präsident Harding und Hughes wollen die Note prüfen, ob sie geeignet ist, an die Alliierten weitergeleitet zu werden. Ueber den Charakter dieser Vorschläge verläutet gar nichts. Den alliierten Vorkämpfern wird keine Mitteilung machen, solange Deutschland keine Antwort erteilt ist. Morgen wird die amerikanische Regierung entscheiden, ob die deutschen Vorschläge geeignet sind, den Alliierten übermittelt zu werden. Im Falle ihrer Uebermittlung wird dies mit der Anregung geschehen, daß der Präsident der Ansicht sei, daß diese Vorschläge geeignete Grundlagen für Verhandlungen bilden können. Das sind genau die Worte des Präsidenten. Er ist geneigt, die Weiterleitung vorzunehmen, wenn die Vorschläge der deutschen Verantwortlichkeit entsprechen. Die äußerste Grenze, bis zu der die amerikanische Regierung bereit ist, besteht in der Uebermittlung der Vorschläge und in einer eventuellen Empfehlung, diese aufmerksam zu prüfen. In offiziellen Kreisen beurteilt man die Frage optimistisch. Man glaubt, daß eine Verständigung möglich ist.

Ausland.

Die Begeisterung in Tirol.

Wien, 25. April. Einer hiesigen Korrespondenz wird aus Innsbruck gemeldet: In den Abendstunden kamen hier 2 mit Fahnen geschmückte Autos aus Mittenwald an, in denen Studenten saßen, welche entlang der tirolisch-bayerischen Grenze die Grenzpfähle ausgehauen und nach Innsbruck gebracht hatten. Auch bei Reutte und Ruffstein wurden die Grenzpfähle niedergelegt. Eine große Menge folgte den Autos und brachte fortgesetzt tirolische Weinkaufen auf

Deutschland aus. Unter Abführung nationaler Vieder wurden die Grenzpfähle durch die Stadt geführt.

Gleichwärtstelegramm des Reichstags an die Tiroler Brüder

Berlin, 25. April. An die Landesversammlung in Innsbruck ist das folgende Telegramm gerichtet worden: Erfreut und begeistert von dem glänzenden Ergebnis der gestrigen Abstimmung sendet der Deutsche Reichstag der Landesversammlung in Tirol brüderlichen Gruß und die Versicherung des herzlichsten Gemeinschaftsgefühls. Der Gedanke der Volksgemeinschaft findet in unseren Herzen lebhaftesten Widerhall. (Geg. 2 6 6 e, Präsident des Reichstags.)

Furchtbare Bluttat italienischer Nationalisten in Bozen.

Innsbruck, 25. April. Aus Anlaß eines Trachtenzugs, der jeder politischen Ansicht entbehrt, drängten sich Faschisten gewaltfam in den Zug ein. Als die Teilnehmer des Zuges versuchten, die Straßenfriede hinauszuwürgen, warfen die Faschisten mitgebrachte Bomben auf die Teilnehmer und schossen auf sie. Die Teilnehmer am Zug waren vollständig überrascht und konnten sich nicht wehren, weil sie unbewaffnet waren. Ein Oberlehrer wurde getötet. Der Unglückliche wollte dem Tumult mit seinem Kinde durch die Flucht entgehen, wurde jedoch durch nachgesandte Schüsse getötet. Mütter stellte die Ordnung wieder her. Kein Faschist ist bisher verhaftet worden. Die Faschisten reisten mit dem nächsten Zuge ab. Sie schossen aus dem Eisenbahnwagen noch auf die auf dem Bahnsteig befindlichen Personen und verletzten mehrere von ihnen. Der Deutsche Verband für Südtirol richtete eine Beschwerde an den Generalkommissar Credate, der für die Vorgänge verantwortlich gemacht wird, da er angebllich von der Ansicht der Faschisten wußte. Die Bürgererschaft antwortete auf die Gewalttaten vorläufig mit dem Ausstand aller öffentlichen Verkehrsangelegenheiten. Nach Wiener Mitternachtsberichten erlagen drei weitere Personen ihren Verletzungen.

Kerenski wieder auf dem Plan.

Prag, 25. April. Der „Tribuna“ wird aus hiesigen russischen Kreisen mitgeteilt, daß die in Prag tätigen Sozialrevolutionäre mit ihrer Tageszeitung „Wolja Rossija“ nach Finnland überföhrbar werden. Weiter meldet die „Tribuna“, daß sich Kerenski seit Wochen in Prag aufhält und für die Auslandspresse der sozialdemokratischen Partei tätig ist. — Es hat den Anschein, als hielten die russischen Sozialrevolutionäre ihre Stunde für gekommen.

Der Nachfolger — Wilsons.

Wien, 25. April. Der Berliner Vertreter der „Rösischen Zeitung“ teilt seinem Blatt einen Brief S. A. B. in g. an den Vorsitzenden des Wohltätigkeitsbazaars in Milwaukee, Klebsch, mit, in dem der Präsident seine Teilnahme an der Sammlung für die kollektiven Kinder Deutschlands und Österreichs ausdrückt und sich für eine Wiederherstellung und wahrhafte Verbrüderung der Menschheit ausspricht. — Aber erst wenn die Angelsachsen die Welt beherrschen.

Deutschland.

Die Steuerhinterziehungen.

Berlin, 26. April. Einer Münchener Mitternachtsmeldung zufolge ist gegen die Mitglieder des Vorstandes der „Schaffensburger A. G.“ für Zellstoff und Papierfabrikation die Voruntersuchung wegen Steuerhinterziehung, Bilanzverschleierung usw. eingeleitet worden. Wie die „Schaffensburger Zeitung“ mitteilt, seien im Geschäftsjahr 1920 Gewinne von rund 19 Millionen bilanzmäßig nicht ausgewiesen.

Entlassung der russischen Kriegsgefangenen nach der Heimat.

Berlin, 26. April. Durch die Ratifizierung des russisch-polnischen Friedens ist jetzt laut „Voll. Zig.“ die deutsche Regierung in den Stand gesetzt, die noch in Deutschland befindlichen rund 45 000 internierte Russen in ihre Heimat zu entlassen. Der erste Transport verläßt Stettin bereits heute Abend.

Maifeier der Angestellten der Berliner Verkehrs-Gesellschaften.

Berlin, 26. April. Wie der Transportarbeiterverband mitteilt, werden die Angestellten der Berliner Straßenbahn, der Kraftomnibusgesellschaften und der Untergrundbahn den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. Sie werden eine gemeinsame Manifestation am Schlossplatz veranstalten.

Der Sepp eilte fort, die Schlucht wieder hinab, und nach wenigen Minuten folgten ihm hastig Wilderich und der Müller, Baldiachen über der Achsel.
Margarete betete ein Ave nach dem andern zur Speffartheiligkeit, der Mutter Gottes von Kengersbrunn, als sie auf der Schwelle des Forsthauses stehend ihrem Herrn nachsah, wie er so eilig davon und der Gefahr entgegeneilte.
Wertes Kapitel.

Es war am Mittag dieses Tages. Der gestrenge Leutnant hatte eben die Eglode für das Gefinde säuten lassen, aber die zwei Knechte, die unter seinem Befehl standen, hatten es nicht der Mühe wert gefunden, sich einzustellen; nur Frau Afta, die Beschleierin und ein paar erschrodene Mägde drängten sich jetzt auf dem Hofe um ihn. Die Mägde wollten gehöret haben, daß man es in südbölicher Richtung brennen sehe, über Heidenfeld hinaus; einer der Knechte, der am Vormittag oben auf der nächsten hohen Berggruppe war, sollte es gesehen haben.
„Und wo ist der Kasper, der Schlingel?“ rief der Schöpfer aus. „Weshalb kommen die Burtschen nicht?“
„Sie sind davongelaufen, ihre Büchsen zu holen, die sie im Walde versteckt hatten — die verwagene Männer,“ rief Frau Afta.
„Der Tod stand darauf!“ fiel eine der Mägde ein. „Die Franzosen hatten den Tod darauf gesetzt, wenn einer ein Feuerbüchse, Gott weiß woher; damit sind sie fortgelaufen; es geht los, sagten sie, der Förster Buchrodte führe sie an.“
„Und man hört schon die Kanonenschläge;“ der Botenführer von Lindenfurt kam, hat sie selber gehöret,“ rief die andere aus. (Fortsetzung folgt.)

Neue kommunizistische Berlin, 26. April. Halle'sche Polizei Sam... neuer kommunizistischer dieser Organisation vor sich auch Blohm nan... gleichzeitig konnte ein... tematerial beschlagna...

Aus C

Rückwärt

Die Rückwirkungen der Franzosengruppe auf bemerkbar. Am stärksten habliche Ruhrindustrie. Besand nach Frankreich den und wird wohl dem... ist die Taschenrechner Stunden die Woche ein... geht die Einschränkung gegen den Friedensstand warenindustrie in Wofaz... sehr lilles Geschäft hatte... se Vorauszahlung verla... her in geringem Maße... keine Minderung der Ge... Sachen sind Lieferungen... man arbeitet auf Lager... wird aber Arbeitslosigkeit... warenindustrie macht sic... auch noch nicht mittelbar... der heimischen Industrie... England und Frankreich... gahlung verlangt, biese... wird mitgeteilt, daß in... gen zu rechnen ist. Im... hals Verzögerung und... Anhalten wohl auch zu... Schuhindustrie hat bish... wenig ausgeführt und u... hat das Gewerbe seine... Belgien infolge der San... eine Rückwirkung der...

Zigeuner

Man schreibt uns aus... Kommt da kürzlich... eine Frau in der Mi... ste, „aha, da steht ein... Nauchfleisch. Nein? U... nicht! Über ein paar... sagt: Ich muß auch alle... gehen. „Das können S... ob Sie nicht ein Schu... Miene, den Küchenst... Junge als rettender En... schwind den Vater zu... Drohungen und Verwü... Haus. Sie geht schnur... Mädchen allein anwesen... behülligen schmutzigen... gut hält. Die Zigeuner... unter Murmeln von alle... den Schranken herum... Wind hat sie die Trepp... an dem eben nach Hause... etwas mitlaufen ließ, ha...

Rommun

Bekann

Die Gesch

Wirtschaftsk

Bezirks

Bahnho

Briefmark

(auch ältere

zum Weiterjammeln geig

Alfred Pfe

Baumaterialien-S

Neue kommunistische Pläne in Mitteldeutschland.
 Berlin, 26. April. Nach dem „Berl. Tagebl.“ ist es der halle'schen Polizei Samstag Nacht gelungen, die Zentrale einer neuen kommunistischen Organisation auszuheben. Der Leiter dieser Organisation war ein gewisser Evert aus Berlin, der sich auch Blohm nannte. Es gelang, Evert zu verhaften. Gleichzeitig konnte ein großer Kesseltopf mit wertvollem Material beschlagnahmt werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. April 1921.

Nachwirkungen der Sanktionen.

Die Nachwirkungen der jetzt in Kraft tretenden Gewaltmaßregeln der Franzosen auf das heimische Wirtschaftsleben machen sich bemerkbar. Am stärksten betroffen ist bisher die württembergische Uhrenindustrie. In Schramberg ist lt. „Südd. Ztg.“ der Versand nach Frankreich und England vorübergehend eingestellt worden und wird wohl demnächst ganz ausfallen. Am schwersten betroffen ist die Taschenuhrenindustrie. Die Arbeitszeit ist von 48 auf 40 Stunden die Woche eingeschränkt worden, in einzelnen Betrieben geht die Einschränkung noch weiter, trotzdem die Zahl der Arbeiter gegen den Friedensstand um 10 Prozent niedriger ist. Die Schmuckwarenindustrie in Pforzheim, Gmünd und Eßlingen, die bisher schon sehr stilles Geschäft hatte, muß ein weiteres Nachlassen feststellen, da sie Vorauszahlung verlangt, während für Schweizerwaren, die bisher in geringem Maße nach den Sanktionen-Ländern gingen, noch keine Minderung der Geschäftstätigkeit zu beobachten ist. In Dubsachsen sind Lieferungen nach dem Rheinlande zurzeit eingestellt, man arbeitet auf Lager. Bei längerem Anbauern der Zollgrenze wird aber Arbeitsbeschränkung nicht zu vermeiden sein. Im Webwarengewerbe macht sich die Wirkung, abgesehen von Kaufmännern, auch noch nicht mittelbar bemerkbar, wohl aber bei Trikotagen. In der chemischen Industrie stößt das Geschäft der Farbfabrikanten mit England und Frankreich vollständig, da die Farbengruppe Vorauszahlung verlangt, diese aber nur bei kleineren Aufträgen geleistet wird. Photographische Chemikalien sind zurzeit noch gesucht, doch wird mitgeteilt, daß in absehbarer Zeit auch hier mit Einschränkungen zu rechnen ist. Im Kleinmaschinen- und Werkzeugbau ist ebenfalls Verzögerung und Zurückhaltung festzustellen, die bei weiterem Anhalten wohl auch zu Arbeitsbeschränkungen führen wird. Die Schuhindustrie hat bisher nach den eigentlichen Sanktionenländern wenig ausgeführt und wird infolge dessen kaum davon betroffen; doch hat das Gewerbe seine Rohstoffläufe in Frankreich, England und Belgien infolge der Sanktionen eingestellt. In der Autoindustrie ist eine Milderung der Gewaltmaßregeln noch nicht festzustellen.

Zigeuner- und Bettlerrecht

Man schreibt uns aus Simmohheim:

Kommt da kürzlich eine Zigeunerin in mein Haus, während meine Frau in der Küche tätig war. „Guten Tag, Fraulein!“ sagt sie, „da, da steht ein Kuchlein.“ Jetzt geben Sie mir mal 1 Stück Kuchlein. Nein? Dann geben Sie mir eine Kuchlwurst. Auch nicht? Aber ein paar Eier oder Mehl haben Sie?“ Meine Frau sagt: Ich muß auch alles kaufen, ich will Ihnen ein Stückchen Brot geben. „Das können Sie selbst behalten. Wollen doch mal sehen, ob Sie nicht ein Schweinefleisch oder Butter haben.“ Sie macht Miene, den Küchenschrank zu öffnen, aber nun kommt mein kleiner Junge als rettender Engel angelaufen, dem meine Frau zuruft, geschwind den Vater zu rufen. Nachdem die Zigeunerin sich durch Drohungen und Verwünschungen Luft gemacht hat, verläßt sie das Haus. Sie geht schnurstracks in ein Nachbarhaus, ein 16jähriges Mädchen allein anwesend ist. Das Mädchen fürchtet sich vor dieser heftigsten schmutzigen Person und bietet ihr alles an, was sie für gut hält. Die Zigeunerin öffnet kurzgehend Schränke und Kästen unter Murren von allerhand unverständlichen Zügen und wühlt in den Schränken herum. Plötzlich hört sie Männerritte. Wie der Wind hat sie die Treppe erreicht und geht mit freudlichem Gruß an dem eben nach Hause kommenden Hausherrn vorbei. Ob sie dabei etwas mitkaufen ließ, habe ich mich nicht erkundigt, jedenfalls aber

zeigt diese Schilderung, wie unverfroren und frech diese Kinder der Natur da auftreten, wo sie glauben sicher zu sein. Leiber ist dieser Fall nicht der einzige. Es ist eine wahre Landplage, wie gegenwärtig Zigeuner, Bettler und Hausierer in den Landorten ihr Unwesen treiben. Gibt man so einem Eindringling ein Fünf- oder Zehnpennigstück, so muß man gewärtig sein, daß es einem an den Kopf fliegt. Erst kürzlich hat ein Bettler einem Manne ein Zehnpennigstück ins Gesicht geworfen. Er wollte einen Krug Most und keine 10 Pfennig. Solche und ähnliche Fälle kommen tagtäglich vor und mehren sich in beängstigender Weise. Es vergeht selten ein Tag, wo nicht 5-6 Bettler oder Hausierer ihren Besuch machen. Aengstliche Personen tun diesen Menschen ihren Willen und geben ihnen Most usw. Sind sie dann angetrunken, so werden sie unerfährlich und fleghaft. Besonders hart von dieser Plage sind Ortschaften betroffen, die an den Verkehrsstraßen liegen. Kommt so eine Zigeunerkarawane an, was alle paar Wochen der Fall ist, so tut man gut, wenn man schleunigst seine Haustiere einsperrt, sonst könnte es vorkommen und ist schon oft vorgekommen, daß eines oder das andere geschändete Haustier verschwunden ist mit samt den Zigeunern. Darum, ihre Hausfrauen, schließt eure Türen zu. Weist das herumstreichende Gesindel aus dem Hause und ruft erforderlichenfalls um Hilfe. In den allermeisten Fällen sind solche Personen eines Almosen weder bedürftig noch würdig. Das Gleiche gilt von den Bettlern, Milch- usw. Hausierern. Auch hier muß die Landbevölkerung ein festes „Nein“ zur Hand haben, soll es besser werden.

Antrag auf Freigabe des Viehverkehrs.

Die Abgeordneten des Bauernbundes haben im Landtag zur Staatsberatung beantragt: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, den Viehverkehr in Württemberg vollständig freizugeben.

Ueberzeitarbeit und Steuer.

In Sachen der Abgabe der Lohn- und Gehaltszettel für Zwecke der Einkommensteuerveranlagung wird von zuständiger Seite mitgeteilt: In verschiedenen Arbeitgeberkreisen herrscht die Auffassung, daß in die für die Arbeitnehmer abzugebenden Lohn- und Gehaltszettel die Entlohnungen für geleistete Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw. der Arbeitnehmer nicht aufzunehmen seien. Diese Auffassung ist nicht zutreffend. In Ziff. 4 der auf der Rückseite der Lohnzettel abgedruckten Anleitung ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Züge für Ueberzeitarbeit im Lohnzettel anzugeben sind.

Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer.

Die nächste Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer findet am 9. und 10. Mai statt. In der Hauptsache kommen zur Beratung: Der Haushaltsplan 1921; Grundpläne für Belehungsprüfung, sowie für Ziegenzucht und Bienezücht; Reichsnotenpapier und Umlaufsteuer; Landrentenkassen; Getreibe- und Milchbewirtschaftung 1921; Freigabe von Schrotmühlen; freier Handel mit Hafer; Redaktionskation.

Zur Milchversorgung.

Ueber das Ergebnis der kürzlichigen Besprechung der Ernährungsminister in Bremen wurde mitgeteilt, daß die Erfassung von Milch und Butter im Wege der öffentlichen Bewirtschaftung möglichst bald aufgehoben wird. Als unerlässliche Voraussetzung für eine solche Aenderung der bestehenden Milchbewirtschaftung erachtete jedoch die Konferenz, daß das System der Milchlieferungsverträge, das mit Zustimmung der landwirtschaftlichen Organisationen derzeit auch in Württemberg durchgeführt wird, allgemein Eingang gefunden habe. Sobald die Milchversorgung der Bedarfsgemeinden durch diese Verträge genügend gesichert ist, wird es möglich sein, auf Zwangsversorgung und Höchstpreis zu verzichten.

Wetter am Mittwoch und Donnerstag.

Der Hochdruck über Frankreich wird der von Nordwesten herein kommenden Störungen nicht Herr. Am Mittwoch und Donnerstag ist vielfach bedecktes, mäßig kühles Wetter zu erwarten.

Solzbrunn, 25. April. Zum ersten Mal wieder seit Kriegsende fand am Sonntag Abend hier eine Schülerentlassungsfeier

statt, zu welcher die Eltern der schulpflichtigen Kinder und die Ortschulbehörde eingeladen waren. Schon vor der Zeit war der Schulsaal von Gästen gefüllt, hoffentlich ein Zeichen dafür, daß für Schule und Erziehung der Kinder ein neues, größeres Interesse erwacht. — Nach gemeinsamem Gesang „Nun danket alle Gott“ eröffnete der Leiter des Abends, Herr Hauptlehrer Hörting, die Feier mit einer Begrüßung und einem anschließenden knappen und klaren Vortrag über Grundschule, Arbeitsschule, Lernmittelfreiheit und achtjähriger Schulzeit. Durch dieses Referat wurden sicher zahlreiche Fragen der Eltern in Bezug auf die verschiedenen Neuordnungen geklärt. Mit ermutigenden Worten an die zur Entlassung kommenden Konfirmanden schloß die Ansprache. Die Ueberleitung zu den Darbietungen der Schüler und Schülerinnen bildete ein vierhändiges Klavierstück, „March von Fr. Schubert“, vorgetragen von Hauptlehrer Hörting und seinem ältesten Sohn. Ein ähnlicher Vortrag, „Chor aus Oberon“ von C. M. v. Weber, war in die Schülerdarbietungen eingelegt. Die Darbietungen der Schüler war von einer natürlichen Frische getragen und zeugten von Arbeitseifer und Fleiß, und hier und da auch einmal von einem in der Erregung des Augenblicks allzurash klopfenden Kinderherzen. Es war ein köstlicher Anblick, zu sehen, wie da die einzelnen Klassen mit ihren Darbietungen an Gedichten, Gefängen, Sinnprüchen und Gesprächen miteinander wetteiferten, wobei die Kleinsten wohl die größten Erfolge verzeichnen durften. — Den Schluß bildete ein aus frischen Kinderleihen gelungenes „Dort unten in der Mühle“, bei dem das Klavierklappen und das Klatschen des Mühlbads trefflich nachgeahmt war. Ins Ganze gesehen: Trotz aller Einfachheit der Mittel und der Anspruchslosigkeit des Dargebotenen eine erfreuliche Feier, an die unsere entlassenen Söhne und Töchter mit Freuden zurückdenken können und die verdient, in das jährliche Programm unserer Solzbrunner Schule wieder regelmäßig aufgenommen zu werden.

(S.O.) Stuttgart, 25. April. Für die Theatergemeinde des Landesbühnenvereins haben sich 10 000 Mitglieder eingetragen, so daß 270 volle Häuser und die Hälfte aller Ueberstellungen eines Jahres belegt sind. Es bleiben jedoch für jede Vorstellung noch 130 bzw. 70 Plätze zu Tagespreisen für Jedermann verfügbar.

(S.O.) Stuttgart, 23. April. Am 16. und 17. Juni hält der Landesverband der Wirte Württembergs seinen Verbandstag hier ab. In der gleichen Zeit findet die Fachausstellung für das Hotel- und Gastwirtsgerwerb in der Gewerbehalle statt. Sie umfaßt musikalische Instrumente, Maschinen und Geräte, Lebens- und Genussmittel, Einrichtungsgegenstände, Buchartikel, Druckerei- und Literaturerzeugnisse.

(S.O.) Feuerbach, 23. April. Infolge des engen Zusammenhangs der vielfach gemeinsamen Interessen der beiden Städte Feuerbach und Zuffenhausen schweben seit Jahren Verhandlungen zwischen diesen beiden Städten über ein Zusammengehen bei der Lösung gemeinsamer Fragen größeren Umfangs. Bei diesen in letzter Zeit von der Stadtverwaltung Zuffenhausen wieder aufgenommenen Verhandlungen wurde von dieser Seite auch die Frage eines Zusammenschlusses der beiden Städte aufgeworfen. Die Besprechungen in dieser Richtung führten zunächst zu der grundsätzlichen Bereitwilligkeit der Stadt Feuerbach, die Frage einer Eingemeindung von Zuffenhausen näher zu prüfen.

(S.O.) Hohenheim, 23. April. Der frühere Direktor der Landwirtschaftlichen Hochschule, Professor Dr. Warmsloh, der seit zwei Jahren als Ministerialdirektor im preussischen Landwirtschaftsministerium tätig ist, wurde nun zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannt.

(S.O.) Heilbronn, 23. April. Der Gemeinderat bewilligte für die 18 Klassen der Grundschule 50 000 M. zur Beschaffung von Lehrmitteln. Für die Gewerbeschule sollen durch Einbau neue Räume gewonnen werden. Der Aufwand beträgt wieder 200 000 M. Die Kosten des Zugenamts zu 40 Prozent nach den Katastersteuern, der Rest nach der Einwohnerzahl erhoben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Kommunalverband Calw.
Bekanntmachung.
 Die Geschäftsräume der
Wirtschaftskarten-Abteilung
 und der
Bezirksskohlenstelle
 werden am 30. ds. Mts. von der Inselstraße Nr. 200 nach der
Bahnhofstraße 573
 (früheres Gasthaus zum „Scharfen Eck“) verlegt und sind an diesem Tage für das Publikum geschlossen.
 Calw, den 26. April 1921.
 Kommunalverband: Oberamtmann G. S.
Ältere
Briefmarken-Sammlung
 (auch ältere Kreuzerbriefe etc.)
 zum Weiterkaufen geeignet von Sammler zu kaufen gesucht. — Angebote unter S. F. 94 an die Geschäftsstelle ds. Blattes

Gehingen.
 Setze eine gute

**Milch- und
 Fahrkuh**
 samt Kalb
 mit Garantie dem Verkauf aus.
 Gustav Gräber.
Gehingen.
 Ein Paar starke

**Läufer-
 schweine**
 verkauft
 Ernst Dingler.
Papeten
 von Mk. 2.35 an.
 Wiederverk. ges.
 Hubert Klein,
 Stuttgart, Leonhardspl. 1
 Wiederverk. hoh. Rabatt.

**Alle Sorten
 Gemüsesetzlinge**
 in kräftiger Ware, empfiehlt
 Georg Mayer,
 Handlungsgärtner.
**Zugelaufen
 Halbhund,**
 braun-weiß. Abzuholen geg.
 Einrückungsgebühr u. Futtergeld bei
 Joh. Stahl, Landwirt,
 Ostelsheim.
 8 junge
Gänseküken
 hat zu verkaufen.
 Friedr. Widmann,
 am Weinsteg.
 Zu verkaufen:
**3-4 Gänse,
 1,5 Enten**
 legend, Maibrut 1920
 Werkführer Deutsche,
 Walkmühlweg.

Drucksachen aller Art
 liefert rasch die Druckerei dieses Blattes.

**Und von dem feinsten Stärkepuder,
 Sinin hier ist ein wirklich guter!**

zu
 Saucen, Suppen,
 Puddings,
 Aufläufen,
 u. a. m.

zu
 Puddings,
 Flammern,
 u. a. m.

hergestellt aus
 ff. Stärkepuder

Sinin

hergestellt aus
 ff. Stärkepuder

Para-Likör Sinner A.G.
 Karlsruhe-Grünwinkel

Alfred Pfeiffer, Calw
 Frisch
 eingetroffen:
Baumaterialien-Handlung (Tel. 97)

**Portland-Zement
 Leonberger Baugips
 Rohmaterialien**

Schwemmsteine
 Größe 10-12-25
 " 12-14-25
 " 14-16-25

**Zement-Röhren
 Steinzeug-Röhren
 Spülbank-Garnituren.**

Mzenberg-Spindlershof,
den 25. April 1921.



Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater und Großvater

Martin Reutschler,
Bauer

heute früh 1 1/2 Uhr, nach kurzem schwerem Leiden, sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

**Gottlieb Reutschler mit Frau,
Martin Reutschler und
Barbara Kalmbach Ww.**
mit Kindern.

Beerdigung: Mittwoch, den 27. April, nachmittags 2 Uhr.

Kleiemelasse

der Zentner zu Mark 68.—

ist zu haben bei
Gerbermeister Buob, Badstraße.

Morgen Mittwoch Abend 8 Uhr
beginnt im Saale der Brauerei Dreiß die



**Repetitions-
Tanzstunde,**

wozu freundlichst einladet

Soj. Proß, Tanzlehrer.

Kunstfärberei Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Eutenmann, Leber-
str. 91

Landw. Consum-Berein Calw.

Fein gemahlener

Rainit u. Kalkstickstoff
zur Heberichverteilung,

**Thomasmehl, Natron-
salpeter, Chlorkali** sowie

**Pferdezahnmais und
Luzerne**

sind auf Lager.

Geschw. Kleemann, Calw

Hemdenflanelle von 11 Mk. an
Zig zu Ueberzüge " 15 " "
Rösch zu Ueberzüge " 16 " "
Schürzenstoffe " 16 " "
Halbtuch zu Knaben-Anzüge und
Hosen, 140 cm breit " 38 Mk.
Tuch für Landleute 130 cm breit " 35 Mk.

Prima schwarze und blaue
Kleider-Stoffe sehr billig.

Große Auswahl sehr billiger
Dirndl-Stoffe.

Gefunden wurde eine
Damenuhr.
Näheres zu erfragen auf
der Geschäftsstelle ds. Blatt.

Dahnenmaulsalat
1 Pfd.-Dosen M 7 80
9 Pfd.-Dosen M 65.—
bei
R. Otto Vincou
Tel. 171.

Wasserglas
empfiehlt
R. Hauber.

Käselab

in allen Mengen
Ritterdrogerie Calw.

Schulranzen

empfiehlt
Otto Weißer, Sattler,
Kronengasse.

3 junge Hunde
sowie eine gebrauchte

Kopierpresse
hat zu verkaufen
Güterbeförderer Bauer.

Pfannkuch & Co.

Neuerst billige
Futtermittel

Mais (ganz)
100 Pfund 140.—

Mais (gerissen)
100 Pfund 160.—

1a Maismehl (gelb)
100 Pfund 160.—

Mais-Futtermehl
100 Pfund 130.—

Futtermilch
1 Pfund 1.80
empfehlen

Pfannkuch & Co.
Telefon 45.

1a Reismehl
vorzüglich zum Backen,
empfiehlt
Adolf Lug.

Einen gutenhaltenen
Badeofen
mit
Zinkbadewanne
verkauft

Ernst Kirchherr.

Jung. Mädchen
dem Gelegentlich gegeben ist,
das Kochen zu erlernen, auf
1. Mal gesucht.
Rektor Dr. Knobel.

Gesucht
wird auf 15. Mai oder 1.
Juni fleißiges, tüchtiges

Mädchen
für die Küche.

Frau Kommerzienrat
Wagner, Calw,
Bischoffstraße.

Für alleinstehendes Ehe-
paar suche ich ein gut empohl.
Zimmermädchen

zur Besorgung der Zimmer
und Beihilfe in der Küche
(Küchin vorhanden). Ange-
bote mit Zeugnisabschriften
od. Angabe bisheriger Tätig-
keit erbeten an
S. Enrich, Mühlacker.

Guterhaltenen
Grammophon
mit 16 Platten, verkauft
Soj. Kusterer, Hirsau.

Ein guterhaltenes
Fahrrad

ohne Bereifung
zu kaufen gesucht.
Ebenfalls ist ein
Auffahrpult,
eine neue, selbstgraue

Hose
und eine
Sporthose
zu verkaufen
Hirsau, Liebenzellerstr. 124

Kleinerer Hund
zugelaufen.

Abzuholen gegen Einrück-
gebühr.
Schultheißenamt
Oberreichenbach.

Verkaufe
eine noch gut erhaltene
**Futterschneid-
maschine.**

Wer? sagt die Geschäfts-
stelle ds. Blattes.

Oberamtsstadt Nagold.

Am kommenden Donnerstag, den 28. ds. Mts.
findet der

**Pferde-, Vieh-, Schweine-
und Krämermarkt**

hier statt. Hiezu ergeht Einladung.
Für alle zum Markt gebrachten Klautiere sind Ur-
sprungszeugnisse beizubringen. Tiere ohne Ursprungszeugnis
werden nicht zugelassen.
Nagold, den 25. April 1921.

Stadtschultheißenamt: (gez.) Moler.
Simmogheim, den 21. April 1921.

Für die Brandbeschädigten hier sind weiter
eingegangen:
Mädchenfortbildungsschule und Lehrerin Calw 81.25 M.,
Unbekannt aus Calw 10 M., H. aus Würtlingen 50 M.,
Auch diesen edlen Gebern im Namen der Beschädigten
ein herzgl. Vergeltsgott. Falls weitere Spenden zugebracht
sind, wollen dieselben nunmehr direkt an die Beschädigten
Jakob Kühnle, Fuhrmann, hier, gefandt werden.

Altburg.

**Die Lieferung u. Beifuhr
von 100 cbm Kalksteinen**

auf Orts- und Nachbarschaftsstraßen wird im Submissions-
weg vergeben. Schriftl. Angeb. werden bis 30. April 1921,
abends 6 Uhr erbeten.
Den 23. April 1921.

Schultheißenamt.
Lungenleiden Tuberkulose heilbar? Verlangen Sie
Sind Katarrhe usw. kostenlos
San.-Rat Dr. Weise's ausführliche Druckschrift hierüber.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Strasse 104 c.

Hirsau, den 25. April 1921.



Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche
mir während der Krankheit und beim Hinscheiden unserer L. Tochter
Martha

erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege innigsten Dank.
Besondern Dank sagen wir dem Herrn Stadtpfarrer Gaiser
aus Liebenzell für die trostreichen Worte am Grabe, dem ehemaligen
Kirchenchor für den erhebenden Gesang, den Schulkameraden für
Kranzniederlegung, der Schwester Nannette für ihre unermüdlige
Hilfeleistung, sowie für die vielen Kranzspenden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Gustav Zeiber.

Sommerjoppen

in schöner, grosser Auswahl.

Strassenmäntel

sind eingetroffen.

Empfehle für Frühjahr und Sommer mein gut sortiertes Lager in

Herren- u. Burschen-Anzüge

von einfacher bis modernster Facon.

Stoffhosen

einfarbig und modern gestreift.

Hosen u. Westen

aus gutem Militärtuch.

**Blaue Arbeitskleider, Zeughosen, Engl. Lederhosen,
Samt-Cordhosen, Zeugjoppen, Westen usw.**

Sommeranzüge u. Strickwaren für Knaben

Alles in guten und besten Qualitäten bei billigsten Preisen.

Friedrich Wetzels, Calw

Kleidergeschäft, Badstrasse.

**Wolldeckenfabrik Weilderstadt A.-G.
in Weilderstadt.**

Laut Beschluß der heutigen Generalversammlung ist die Dividende für
1920 auf 11 % festgesetzt und gelangt von heute ab zur Auszahlung mit
M 110.— gegen Dividendenschein Nr. 1 unserer Aktien an unserer Gesell-
schaftskasse oder beim Bankhaus Vörlendach & Co. G. m. b. H. in Stuttgart.
Weilderstadt, den 22. April 1921.

Der Vorstand:

Soj. Beyerle. Schnauer.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Mittwoch,
den 27. April, nachm. von 2 Uhr an, im Hause des
Gottlieb Pfeiffer in der Vorstadt gegen Barzahlung:

2 spanische Wände, 1 Küchenschrank,
gepolst. Stühle und 1 Bank, 1 Tisch,
2 klein. Tischchen, 1 Hasenstall, Schuhe
und Kleider, Küchengeräth, 1 Ober-
bett, Silber, 11 Mtr. neuen Draht-
zaun, sowie sonstiges.
Liebhaber sind eingeladen.

Stadlinventierer Kolb.

Geschw. Kleemann, Calw

**Prima Halbtuchhosen
Knabenhosen 32 Mk.
Burschenhosen 52 Mk.
Männerhosen 58 Mk.
Gestrickte Knaben-Anzüge
für 6-11 Jahre, 85 Mk. und 95 Mk.
Herren- und Burschen-
Sommer-Joppen
in großer Auswahl
Blaue Schloffer-Anzüge.**

Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr.



**Die neue
Die neuen deutsche
Französisch**

Die deutsche Regierung
schen Vorschläge an Ameri-
ka als geeignete Grund-
stätten dienen können.
rkanische Regierung sich
Bemittlung zwischen Deu-
die Möglichkeit gegeben
vor es durch Zwangsma-
deutsche Regierung habe
anzubieten, was nach ih-
selbst bei günstiger Ent-
schlag besteht darin, daß
schon bestehenden Frist zu ge-
schäftsleben nicht weiter
deutsch Erpressungsmahna-
schriften, die unsere Volk-
gehört wird. Bekanntlich
mark verlangt. Die Diffi-
groß. Die deutsche Regi-
beigefügt, daß sie überzeu-
der Welt von einer schlei-
Reparationsfrage abhängt
Kräften steht, damit die
werden, die Aufmerksamkeit
lenken.

Es ist selbstverständlich
wegung sehen, um die
und Erpressungsmahna-
hat deshalb gestern in d-
dungen in Hntze gehalten
England vollste Ueberein-
besetze, weil Deutschland
Schuldner gezeigt habe.
nen leisten, es habe die
es sei überhaupt bestreb-
botieren. Deshalb müßte
Nach Briand's Anstich in
Industrie und der Hoch-
Lage nicht unterrichtet
Dem Trommelfeuer,
der öffentlichen Meinung
müssen wir eine inne-
durch keine parteipolitisch
diesem Sinne dürfte w-
teilen im Reichstag un-
Reichsaußenminister an-
bereiten.

Das
Berlin, 26. April.
schäftsträger in Berlin
den, in der sich Deutsch-
tion eine Gesamtverpflich-
wärtigen Wertes anzuwer-
dieser Summe in Annah-
sind, zum Gesamtbetrage
Deutschland will seine B-
mobilisieren.
Deutschland nimmt
wid sich an dieser Anlei-
den Allierten zur Verfü-
Summe, der durch die in
Deutschland nach Maßge-
amortisieren. Deutsch-
fähig für möglich. D-
en einer Besserung seiner
nehmen zu lassen. Um
will Deutschland sich mit
hörtu Gebiete beteiligen